

**Analyse des 4. Bildungsberichts (2012)**  
**aus der Perspektive des jugendpolitischen Anwendungsfeldes**  
**„Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“**

von Markus Wieck und Martin Baethge

Die Analyse konzentriert sich auf zwei Übergangsschwellen, aus denen abschließen einige Folgerungen für jugendpolitische Perspektiven gezogen werden.

1. der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Berufsausbildung oder Arbeitsmarkt;
2. der Übergang von der Berufsbildung unterhalb der Hochschulebene in den Arbeitsmarkt oder weiterführende Ausbildung (Hochschule).

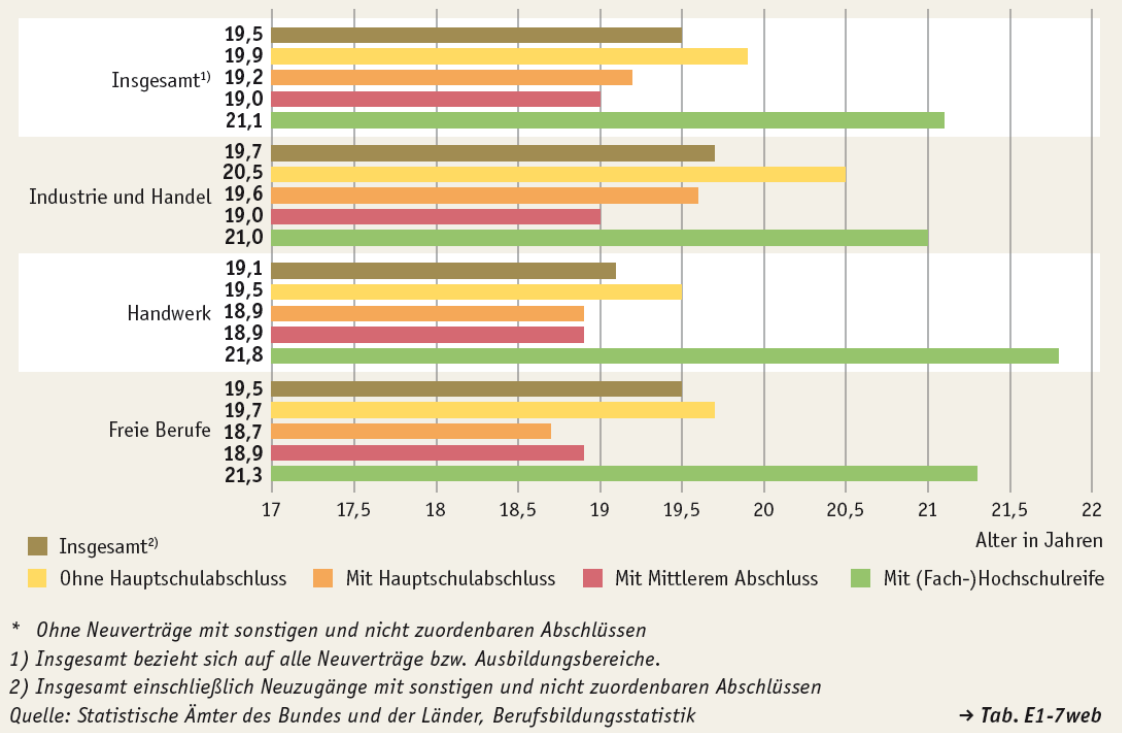
**1. Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Berufsausbildung oder Arbeitsmarkt**

Der für eine eigenständige Jugendpolitik vielleicht interessanteste Befund des Bildungsberichts 2012 stellt eine einfache Zeitangabe dar: das erstmals ausführlich beschriebene Alter der Jugendlichen bei Eintritt in eine voll qualifizierende Berufsausbildung. Dokumentiert das berichtete Durchschnittseintrittsalter von 19,5 Jahren in eine duale Berufsausbildung (nur für diese liegen Daten vor) doch, dass für die Mehrheit der Jugendlichen mit maximal Hauptschul- oder einem mittleren Schulabschluss eine Lebensphase von im Regelfall zwei bis drei Jahren existiert, die weder durch die allgemeinbildende Schule noch durch eine voll qualifizierende Berufsausbildung, den beiden gesellschaftsweiten Hauptinstitutionen dieser Altersphase, definiert ist. Die Daten (vgl. Abb. E1-4)<sup>1</sup> zeigen, dass der Durchschnittswert für den Eintritt in eine voll qualifizierende Ausbildung unterschiedliche Zeitpunkte für die verschiedenen Schulabsolventengruppen beinhaltet: Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss liegt der Eintrittszeitpunkt bei 19,9, für solche mit Hauptschulabschluss bei 19,2, für Absolventen mit mittlerem Abschluss bei 19 und für Studienberechtigte bei 21,1 Jahren. Da letztere Gruppe nur ein Fünftel der Ausbildungsanfänger ausmacht, muss der hohe Durchschnittswert vor allem auf die langen Übergänge der anderen Schulabsolventengruppen zurückgeführt werden. Die begrenzten Altersdifferenzen beim durchschnittlichen Berufsstart zwischen den Ausbildungsbereichen ist auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Ausbildungsanfänger nach Schulabschluss zurückzuführen.

---

<sup>1</sup> Bei der Nummerierung der Abbildungen halten wir uns an diejenigen des Bildungsberichts 2012 und seine Anhänge, damit jeder Leser die Quellen schnell im Internet kontrollieren kann ([www. Bildungsbericht.de](http://www.Bildungsbericht.de)).

**Abb. E1-4: Durchschnittliches Alter der Auszubildenden zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns 2010 nach Schulabschluss\* und ausgewählten Ausbildungsbereichen (in %)**



Wodurch und wie die nicht durch die beiden großen Institutionen der Allgemein- und der Berufsbildung geprägten Zeiten der Jugendlichen ausgefüllt sind, lässt sich dem 4. Bildungsbericht nicht genau entnehmen, erscheint jugendpolitisch aber höchst relevant: Ist es eine Zeit der individuellen Gestaltung und Selbstbestimmung, die zur Erweiterung persönlicher Perspektiven und Stärkung des Selbstwertgefühls führen kann, wie es z.B. durch Verpflichtung zu einem freiwilligen sozialen Jahr, durch das Kennenlernen fremder Länder, das Experimentieren mit neuen Vorstellungen und Aktivitäten oder auch einfach Zeiten zur Erholung und zum Nachdenken möglich ist? Oder sind es Zeiten unproduktiver Unbestimmtheit, die unter verstärkter Unsicherheit mit Zukunftsangst und äußerem Druck sowie Leere ausgefüllt sind?

Mit den Zeitangaben zum Eintritt in die duale Ausbildung stellt sich die Frage nach der Struktur der Übergänge aus der allgemein bildenden Schule in eine Berufsausbildung, da die Annahme nahe liegt, dass die hohen Ausbildungseintrittszeiten der Absolventen ohne und mit Hauptschulabschluss, die im Prinzip die kürzesten Schulzeiten haben, etwas mit dem hohen Anteil dieser beiden Gruppen am Übergangssystem (vgl. Abb. E1-8web) zu tun haben.

#### *Struktur der Berufsausbildung und Verteilung der Neuzugänge auf die Ausbildungssektoren*

Es ist das Verdienst der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, dass sie mit dem ersten nationalen Bildungsbericht eine neue Systematik der Berufsbildung unterhalb der Hochschulebene vorgelegt hat, mit der erstmals die unterschiedlichen Ausbildungsverläufe von Jugendlichen und

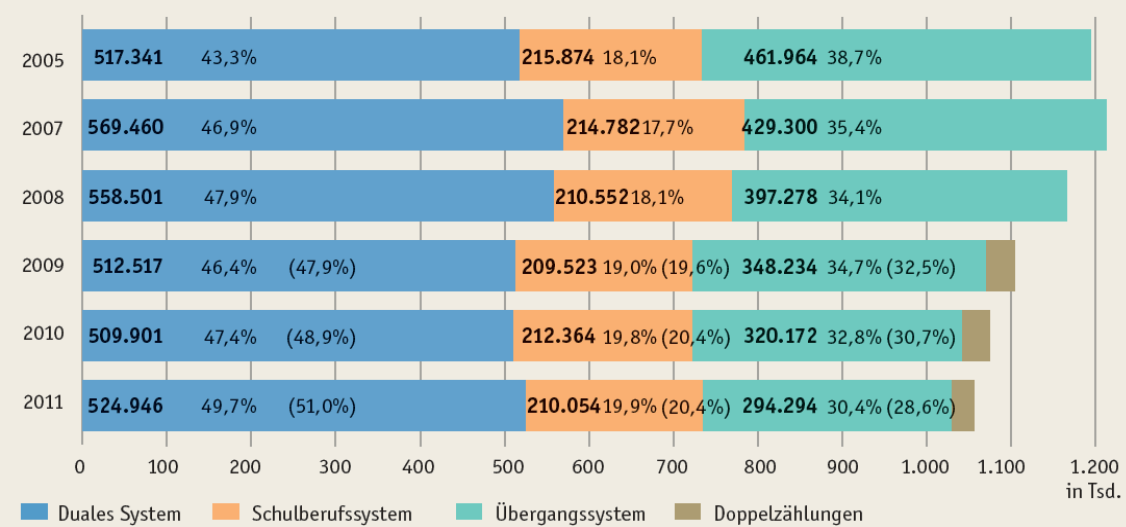
vor allem das Ausmaß der Übergangsschwierigkeiten nach Ende der allgemeinbildenden Schule dargestellt werden konnten. Die Untergliederung der Neuzugänge zur beruflichen Bildung in drei Sektoren wird nach dem institutionellen Ziel der Ausbildung vorgenommen: ob sie zu einem voll qualifizierenden Abschluss führt oder nur die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen verbessern will:

- das duale System, d.h. die Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO), (betriebliche Ausbildung mit begleitendem Berufsschulunterricht);
- das Schulberufssystem, d. h. die Ausbildung für einen gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form in Verantwortung des Schulträgers;
- das berufliche Übergangssystem, d. h. (Aus-)Bildungsangebote, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses ermöglichen (vgl. Bildungsbericht 2006, S. 80 f.).

Diese Systematik wird seit 2006 allen Bildungsberichten zu Grunde gelegt und hat im letzten Jahrzehnt eine umfassende, datengestützte wissenschaftliche und politische Debatte über die Probleme des Übergangs der Jugendlichen von der Schule in eine Berufsausbildung entfacht, die bis heute anhält. Obwohl die im ersten Bildungsbericht ausgewiesenen Zahlen von zeitweise mehr als einer halben Million Neuzugänge im Übergangssystem zwischen den Jahren 2000 und 2004 politisch alarmierend wirkten, erfasst das Übergangssystem nicht alle ohne Ausbildung verbleibenden Jugendlichen: Man muss einen Teil der frühzeitigen Schulabgänger (early school leavers) – Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen und derzeit nicht an Aus- oder Weiterbildung teilnehmen – hinzurechnen, deren Anteil an dieser Altersgruppe im Jahr 2010 bei knapp 12% liegt (Autorengruppe 2012, S. 41) und die zu über der Hälfte nicht erwerbstätig sind (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, Tab. C5-2EU, S. 65), um die tatsächlichen Probleme des Übergangs in den Arbeitsmarkt an der ersten Schwelle richtig zu beurteilen. Sie betreffen noch mehr Jugendliche als die im Bildungsbericht dem Übergangssystem zugeordneten.

Der Bildungsbericht 2012 zeigt, dass gegenüber den Höchstständen des Übergangssystems (2000 – 2004) die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssystem zwar um ca. 200.000 Personen auf ca. 300.000 (Abb. E1-1) abgenommen hat. Der mit ca. 30% nach wie vor hohe Anteil des Übergangssystems an der Gesamtheit der Neuzugänge und die relative Stagnation der Zahlen in der dualen Ausbildung und im Schulberufssystem aber verweisen darauf, dass es im Wesentlichen der demografisch bedingte Rückgang der Nachfrage nach Ausbildung ist, der den Effekt hervorgerufen hat, weniger die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots, das sich – in absoluten Zahlen – sowohl im dualen als auch im Schulberufssystem in den letzten drei Jahren (seit 2009) auf einem in etwa gleichem Niveau bewegt und vorher noch rückläufig war.

**Abb. E1-1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems<sup>M</sup> 2005 bis 2010\***



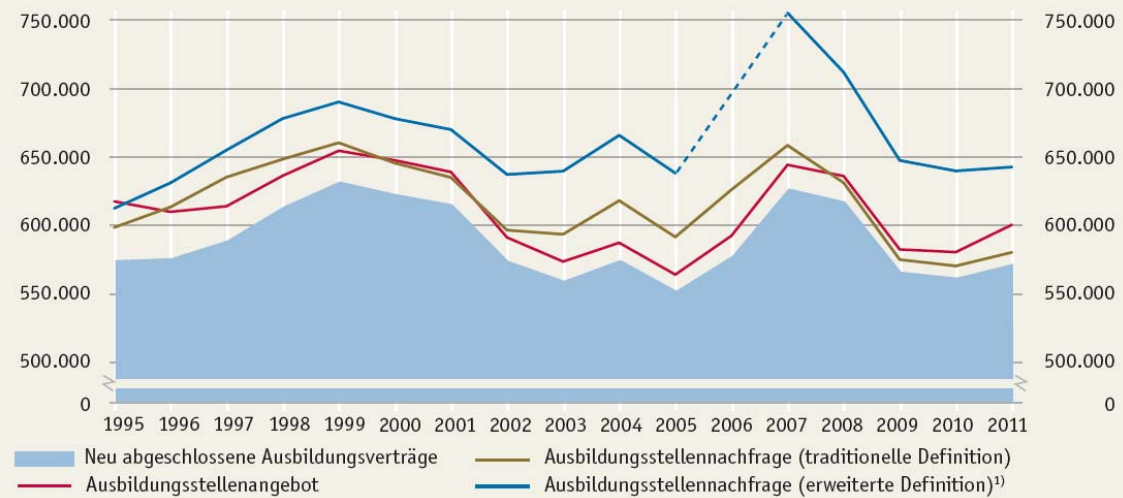
\* Seit 2009 sind Doppelzählungen zwischen Schulstatistik und Maßnahmen der BA identifizierbar; korrigierte Werte in Klammern gesetzt; vgl. Methodische Erläuterungen E1 und Erläuterungen bei Tab. E1-1A

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmerinnen und -teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers → Tab. E1-1A

Jugendpolitisch relevant für die Übergangsgestaltung ist hier, ob die Stagnation in der Größenordnung der schulischen und dualen Auszubildendenverhältnisse, die – wie der Bildungsbericht an der nicht befriedigten Nachfrage zeigt (Autorengruppe 2012, S. 108) – nicht nachfragebedingt ist, eine Grenze der Leistungsfähigkeit der beiden großen voll qualifizierenden Ausbildungssektoren markiert oder ob durch politische Interventionen das Ausbildungsvolumen in beiden Sektoren nach oben verschoben werden kann.

Für das duale System lassen sich die Veränderung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage annähernd, d.h. soweit bei der Bundesagentur für Arbeit registriert, nachzeichnen. Für Schulberufe liegen keine entsprechenden Daten vor. Zwischen 2007 und 2009 sind sowohl die Zahl der unversorgten Ausbildungsstellenbewerber (traditionelle Nachfragedefinition) als auch die Zahl aller Personen mit Vermittlungswunsch (erweiterte Nachfragedefinition, welche auch Ausbildungsstellensuchende einbezieht, die anderweitig eingemündet sind) stark gesunken und dann bis 2011 in etwa stabil geblieben (Abb. E2-1). Geht man nur von der als realistischer einzustufenden erweiterten Definition aus, ging die Nachfrage von 2007 auf 2011 um 15% zurück (Autorengruppe 2012, S. 108). Bei gleichzeitigem Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen bleibt dennoch ein Angebotsmangel. Der Durchschnittswert verdeckt jedoch Unterschiede nach Berufen und Regionen. Während die große Mehrheit der Berufe einen Mangel an Ausbildungsplätzen aufweist, ergeben sich für Berufe des Ernährungshandwerks sowie Hotel- und Gaststättenberufe (einschließlich Köchen) deutliche Angebotsüberhänge von 5 bis 12,5% (Ebenda, Abb. E2-2, S. 108) und damit einerseits

**Abb. E2-1: Abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage im dualen System, 1995 bis 2011 (Anzahl)**



1) Neuverträge und unvermittelte/unversorgte und alternativ eingemündete (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) Bewerberinnen und Bewerber bei aufrecht erhaltenem Vermittlungswunsch (letzte Gruppe bis 1997 nur Westdeutschland und Westberlin).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09., eigene Berechnungen

→ Tab. E2-1A

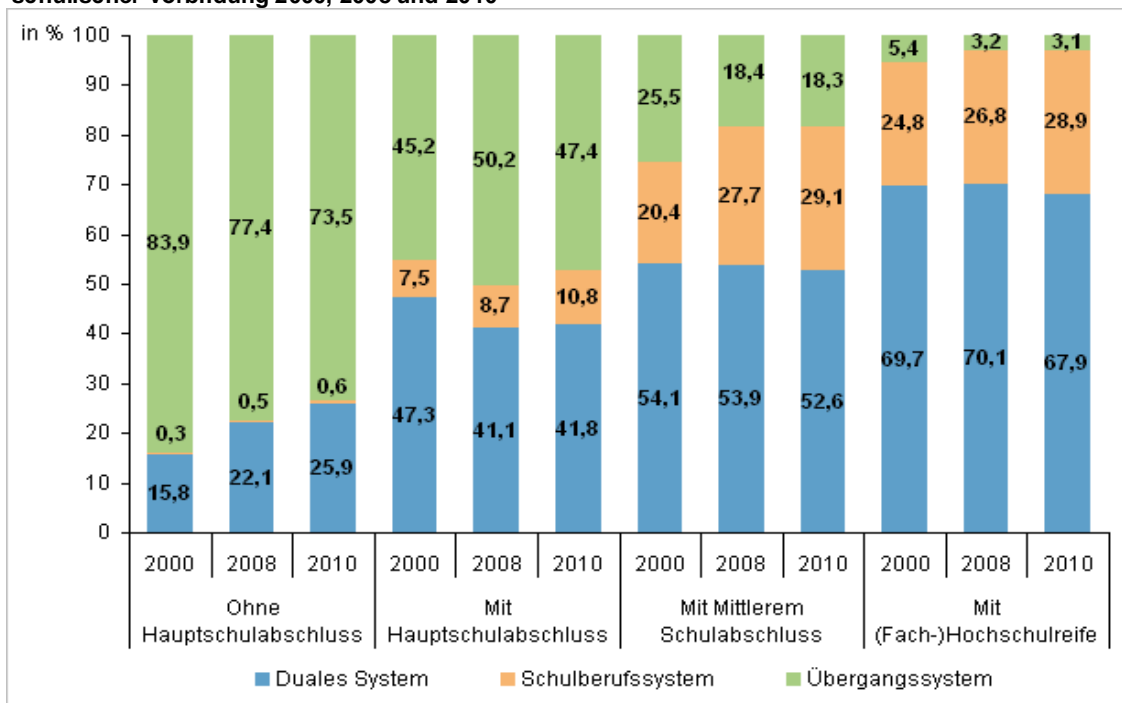
ein auswahlfähiges Angebot für die Bewerber, andererseits mögliche Rekrutierungsengpässe. Nach Arbeitsagenturbezirken werden starke regionale Unterschiede deutlich. Zusammengefasst nach Strukturtypen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) ist der Nachfrageüberhang in groß- und mittelstädtischen Agenturbezirken Westdeutschlands am größten; Nachfrageengpässe treten am ehesten in ostdeutschen Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und westdeutschen Bezirken mit hoher Dynamik und guter Arbeitsmarktlage auf (Ebenda, S. 109). Insgesamt zeigen die Ergebnisse weiterhin Probleme in der Bereitstellung eines ausreichenden Ausbildungsstellenangebots, die aber nach Berufen und Regionen durch mögliche Rekrutierungsengpässe gebrochen werden und unterschiedliche Handlungsbedarfe anzeigen. Zudem scheinen zunehmend auch berufliche und regionale Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage an Bedeutung zu gewinnen.

Die Ausbildungsnachfrage ist derzeit stark von der demographischen Entwicklung geprägt. Intensität und zeitlicher Verlauf des demographischen Abschwungs sind in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich. In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Geburten bereits zwischen 1988 (215.000 Geburten) und 1992 mehr als halbiert und liegt nach leichter Erholung seit 1997 in etwa bei 100 Tausend. In Westdeutschland ist seit 1997 ein kontinuierlicher Rückgang von über 700 Tausend auf knapp 550 Tausend jährliche Geburten zu beobachten (Ebenda, Tab. A1-2A). Folglich hat der demographische Abschwung (ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegungen) in Ostdeutschland die für Ausbildungen typische Altersgruppe bereits durchlaufen, während im Westen die seit 2008 zu beobachtenden Effekte auf die Berufsbildung rechnerisch erst mit dem Übergang der 1997 Geborenen ab 2012 stärker werden. Die Nachfrage wird nicht allein durch Geburtenzahlen bestimmt. Vielmehr spielen Wanderungsbewegungen, die Entwicklung der Schulentlassjahrgänge, die Altnachfrage aus früheren Schulentlassjahren

und nicht zuletzt das Interesse an Ausbildung eine erhebliche Rolle. Der Gesamtrückgang der Ausbildungsnachfrage setzt sich nach der Bildungsvorausberechnung auch im nächsten Jahrzehnt fort (Autorengruppe 2010, S. 154), was zu einem weiteren Abschmelzen des Übergangssystems und mittelfristig zu Rekrutierungsproblemen bei der Fachkräfteausbildung führen kann (Ebenda, S. 176 f.).

Für die aktuelle Situation zeigt der Bildungsbericht, dass die Chancenstruktur im Zugang zur Ausbildung sich im letzten Jahrzehnt kaum verändert hat. Bei den Neuzugängen mit Hauptschulabschluss sind es fast jeder Zweite und bei jenen ohne Hauptschulabschluss nahezu drei von vier Jugendlichen, die in Programme des Übergangssystems, statt in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden (Abb. E1-8web). Der allgemeine Rückgang des Übergangssystems bedeutet für die Gruppe der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss keine Verbesserung der Zugangschancen. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss erreichen ein relatives Chancenplus, da 2010 ein Viertel von ihnen in eine Ausbildung einmündet, während im Jahr 2000 noch nicht einmal ein Sechstel in Ausbildung gelangte. Dass ihr Anteil am dualen System aber mit 4,5% über das Jahrzehnt stabil bleibt und ihnen das Schulberufssystem fast ganz verschlossen ist (Autorengruppe 2012, Abb. E1-2), deutet darauf hin, dass die relative Verbesserung ihrer Ausbildungschancen auf Veränderungen in der Nachfrage, nämlich auf das Absinken der absoluten Zahl der Ausbildungsbewerber ohne Hauptschulabschluss zurückzuführen ist, während die Selektionsmuster auf der Angebotsseite unverändert bleiben.

**Abb. E1-8web: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems nach schulischer Vorbildung 2000, 2008 und 2010\***



\* Ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen; 2000 enthält zusätzliche Maßnahmen der BA; vgl. Methodische Erläuterungen zu E1 und Erläuterungen bei Tab. E1-1A

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmerinnen und -teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB -Trägerschaft des Teilnehmers

Damit sind zwei langfristige Veränderungen in den Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes angesprochen. Zum einen erhöht sich das durchschnittliche Schulabschlussniveau der Schulentlassjahrgänge und darüber auch das der Ausbildungsbewerber. Betrachtet man die Schulabschlüsse der Entlassjahrgänge, ist bei leichtem Absinken der Anteile mit maximal Hauptschulabschluss, weiterhin eine relative Zunahme der mittleren und höheren Abschlüsse zu beobachten (Ebenda, S. 95). Bezogen auf Abgänger ohne Hauptschulabschluss geht ihr Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung zwischen 2006 und 2012 von 8,0% auf 6,5% zurück. Dahinter steht ein absoluter Rückgang von 76 Tausend auf 53 Tausend (vgl. Ebenda, Tab. D7-1A). Die Verschiebung zu den höheren Schulabschlüssen bedeutet auch, dass die Gruppe der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt weiter in eine Minderheitsposition unterhalb des durchschnittlichen Allgemeinbildungsniveaus gedrängt wird.

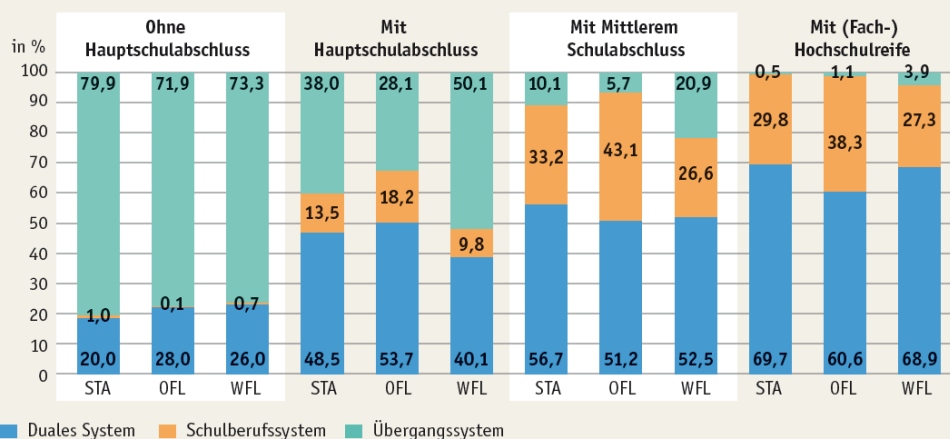
Zum anderen treffen Bewerber im Ausbildungszugang auf relativ stabile Selektionsmuster nach Schulbildung. Schulberufe setzen zumeist einen mittleren Schulabschluss als Eingangsbedingung voraus. Für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss finden sich nur wenige Angebote, und zwar im vollzeitschulischen BBiG/HwO-Bereich und in den ein- oder zweijährigen Erziehungs- und Pflegeberufen (Ebenda, S. 112). Aber auch im Dualen System gelingt es trotz formaler Offenheit faktisch nur begrenzt, Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss zu integrieren. Für den Zeitraum von 1995 bis 2010 ist in der dualen Ausbildung eine relativ stabile Zuordnung von Schulabschlüssen und Ausbildungsberufen festzustellen (Ebenda, S. 112). Der Bildungsbericht fasst Berufe nach ihrem dominierenden Schulabschlussniveau in vier Segmenten zusammen: In Berufen, die durch Hochschulzugangsberechtigte dominiert werden (Oberes Segment), zum größten Teil kaufmännische und Verwaltungsberufe, spielen Auszubildende mit maximal Hauptschulabschluss kaum eine Rolle. Auch im Segment der Oberen Mitte, in dem mehrheitlich mittlere Abschlüsse vertreten sind und Hochschulzugangsberechtigte die zweitgrößte Gruppe stellen, sind niedrige Abschlüsse mit etwa 15% der Neuverträge um mehr als die Hälfte unterrepräsentiert – in der Unteren Mitte bilden Personen mit Hauptschulabschluss mit 36% nach den mittleren Abschlüssen die zweitgrößte Gruppe. Im Unteren Segment (darunter Berufe des Ernährungshandwerks, Bau- und Ausbauberufe, Verkäufer/innen und Friseur/innen) stellen Jugendliche mit Hauptschulabschluss die Mehrheit der Neuzugänge und sind damit deutlich überrepräsentiert. Nur in den durch Hauptschüler dominierten Berufen erhalten auch Jugendliche ohne Hauptschulabschluss mit im Jahr 2010 über 5% der Neuverträge nennenswerte Ausbildungschancen (Ebenda, Abb. E3-2). Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die über 15 Jahre lang hohe Stabilität der Vorbildungsstruktur in den Segmenten auf eine geringe Elastizität gegenüber der am Markt vorhandenen Bildungsstruktur der Bewerber hindeutet und eher bedarfsgesteuert sei (vgl. Ebenda, S. 112). In der Konsequenz steht für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss zu befürchten, dass ihnen ein Teil der Berufe (auch langfristig und auch bei sinkender Ausbildungsplatznachfrage) kaum noch Zugangschancen bietet und sich das Berufsspektrum für sie deutlich verengt hat. Die beiden oberen Segmente beinhalten fast 40% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Das duale System scheint damit eine seiner

großen Stärken, die Integrationsfähigkeit von Jugendlichen mit niedrigen Abschlüssen, zunehmend einzubüßen.

Die Zugangschancen der Schulabschlussgruppen differieren erheblich nach Regionen. Zusammengefasst nach Ländergruppen, lassen sich 2010 die größten Übergangsschwierigkeiten in den westlichen Flächenländern (WFL) beobachten. Dort mündet die Hälfte der Neuzugänge mit Hauptschulabschluss und ein Fünftel mit Mittlerem Schulabschluss in das Übergangssystem ein. In den östlichen Flächenländern (OFL) münden 28% der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und 6% mit mittlerem Abschluss ins Übergangssystem. Dies ist mit darauf zurückzuführen, dass die Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren der Berufsbildung im Osten insgesamt von den westlichen Flächenländern abweicht und nur 19% der Neuzugänge im Übergangssystem (gegenüber 33% in westlichen Flächenländern), aber 30% im Schulberufssystem (in westlichen Flächenländern ca. 19%) einmünden, was auf ein anderes Muster der Übergangspolitik im Osten verweist. Wieweit diese günstigeren Ausbildungsperspektiven als im Westen anzeigt und sich übertragen lässt, wäre zu prüfen und politisch zu diskutieren. Die Stadtstaaten (STA) liegen mit 38% und 10% dazwischen (Abb. E1-3). Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss sind die Unterschiede zwischen den Ländergruppen dagegen gering.

Besonders auffällig ist in den östlichen Flächenländern der hohe Anteil vollzeitschulischer Berufsausbildung. Mit Ausnahme der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss beginnen dort alle Abschlussgruppen sehr viel häufiger als in den westlichen Flächenländern eine Ausbildung im Schulberufssystem (Abb. E1-3), was auf das stärkere Gewicht der schulischen Angebote gegenüber dem dualen System in diesen Ländern zurückzuführen sein dürfte. Die großen Unterschiede in der Verteilung der Neuzugänge auf die Ausbildungssektoren dürften zum Teil auch auf die in den östlichen Ländern stärkere und früher einsetzende demographische Verringerung der Ausbildungsnachfrage zurückgehen. Die Erwartung, dass durch ein demographisch bedingtes Absinken der Nachfrage Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen in die Ausbildung nachrücken, hat sich bisher in den ostdeutschen Flächenländern nur begrenzt erfüllt.

**Abb. E1-3: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2010 nach Ländergruppen und schulischer Vorbildung (in %) \***



\* Ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen. Vgl. Methodische Erläuterungen E1 und Erläuterungen bei Tab. E1-1A.

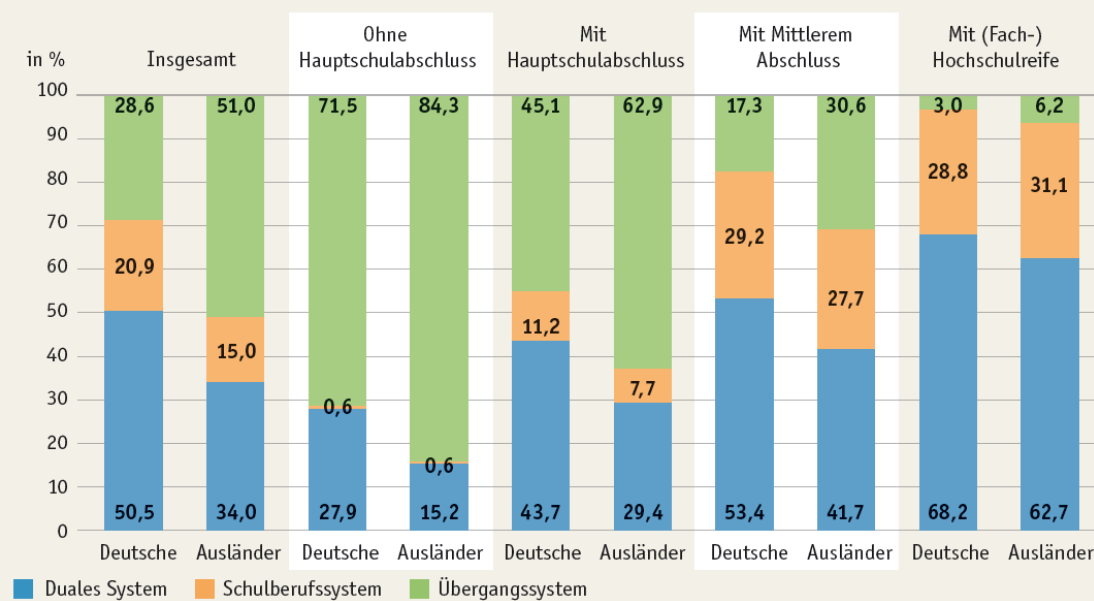
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers



Hinter dem schulischen Vorbildungsniveau verbergen sich sozioökonomische Hintergrundkonstellationen wie der Erwerbsstatus des Elternhauses, Bildungsabschlüsse der Eltern oder ein Migrationshintergrund der Familie. Diese Merkmale lassen sich für die Neuzugänge in die Berufsausbildung anhand der im Bildungsbericht zugrunde gelegten Statistiken nicht direkt beobachten. Aber aus den Analysen der allgemeinbildenden Schulen ist bekannt, dass niedrige Schulabschlüsse häufig mit einer niedrigen sozioökonomischen Stellung des Elternhauses und/oder einem Migrationshintergrund verbunden sind (vgl. Schümer 2004, Maaz/Baumert/Trautwein 2011).

Nach *Staatsangehörigkeit* betrachtet, haben ausländische Jugendliche die größeren Übergangsprobleme – nur jedem Zweiten gelingt der Übergang in eine Ausbildung (Abb. E1-5A). Dies geht nicht nur auf ihre durchschnittlich niedrigeren allgemeinbildenden Schulabschlüsse (Ebenda, Tab. D7-4web) zurück. Zu der bereits in der allgemeinbildenden Schule produzierten Ungleichheit – ausländische Jugendliche verlassen die Schule 2,5 mal häufiger ohne Hauptschulabschluss und fast dreimal seltener mit allgemeiner Hochschulreife (Autorengruppe 2012,

**Abb. E1-5A: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems 2010 nach schulischer Vorbildung und Staatsangehörigkeit (in %)\***



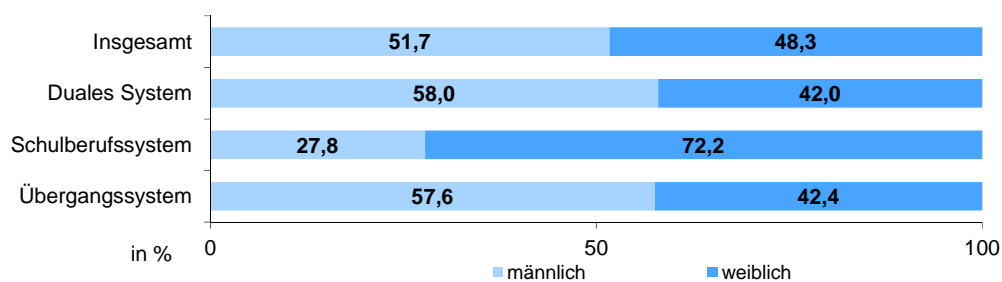
\* Ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen; vgl. Erläuterungen E1 und Erläuterungen bei Tab. E1-1A

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmerinnen und -teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers  
→ Tab. E1-5web, Tab. E1-6web

S. 96) – kommen Zugangsprobleme im dualen und schulischen Ausbildungssystem hinzu. Selbst bei gleichem Schulabschluss landen ausländische Jugendliche wesentlich häufiger im Übergangssystem als deutsche (Abb. E1-5A). Hier tut sich ein zentrales jugendpolitisches Handlungsfeld auf, das auch einen Großteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund betrifft.

Nach *Geschlecht* sind seit einigen Jahren die größeren Übergangsprobleme bei männlichen Jugendlichen zu beobachten. 2010 mündete jeder dritte männliche und jeder vierte weibliche Neuzugang in das Übergangssystem. Vom Rückgang des Übergangssystems profitieren beide Geschlechter gleichermaßen, ohne dass sich der Abstand zwischen ihnen verändert hätte (vgl. Ebenda, Tab. E1-3web und E1-web). Die geringeren Probleme junger Frauen dürften zum Teil auf ihre im Durchschnitt höherwertigeren allgemeinbildenden Abschlüsse zurückgehen. Die Zahl der männlichen Abgänger ohne Hauptschulabschluss liegt 50% und die der Absolventen mit Hauptschulabschluss 40% höher als die der weiblichen (vgl. Ebenda, Tab. D7-4web). Daneben kommt jungen Frauen auf der Angebotsseite die langfristige sektorale Verschiebung zu den Dienstleistungsberufen – insbesondere die quantitative Ausweitung der personenbezogenen Dienstleistungen im Bereich Soziales, Gesundheit und Erziehung (vgl. Ebenda, Tab. E1-8web) – zugute, in denen sie traditionell hohe Auszubildendenanteile aufweisen. An den Dominanzverhältnissen hat sich auch 2010 weder im dualen System, das eine Domäne der jungen Männer (58%) bleibt, noch im Schulberufssystem, mit 72% weiblichen Neuzugängen, etwas verändert (vgl. Ebenda, Abb. E1-10web).

**Abb. E1-10web: Neuzugänge in die Sektoren der Berufsausbildung nach Geschlecht 2010**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Da davon auszugehen ist, dass sich der Trend zu den Dienstleistungsberufen, in denen höhere Anteile weiblicher Auszubildender sind, anhält, verschärft sich ein schon heute sichtbares Problem: dass die geschlechtstypischen Berufsorientierungen zunehmend weniger mit dem Trend der Berufsstrukturveränderung übereinstimmt. Hier haben Bildungs-, Jugend- und Arbeitspolitik die wichtige Aufgabe, die Geschlechterstereotype in den Berufsorientierungen – jetzt gerade mit Blick auf die männlichen Jugendlichen – aufzubrechen.

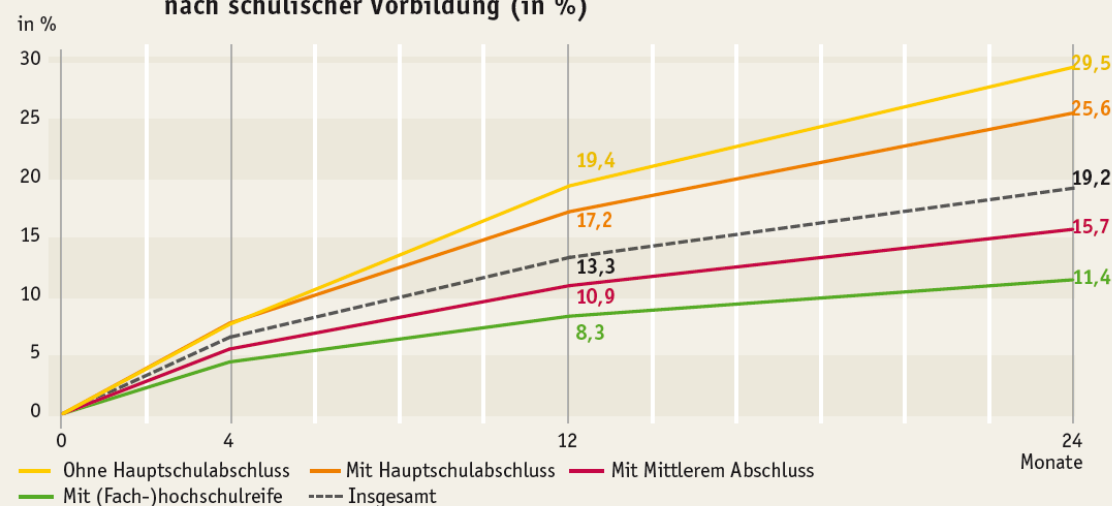
#### *Ausbildungsverläufe im dualen System*

Mit dem gelungenen Zugang in eine vollqualifizierende Ausbildung, ist noch nicht sichergestellt, dass eine Ausbildung auch erfolgreich zu Ende gebracht wird. Im Verlauf der Ausbildung auftretende Probleme können zu einem Abbruch oder einer Unterbrechung der Ausbildung führen. Von besonderem Interesse ist die Frage, welche Rolle institutionelle Ausbildungsbedingungen auf der einen und soziale wie bildungsstrukturelle Merkmale der Auszubildenden auf der anderen Seite spielen. Der Bildungsbericht analysiert Ausbildungsverläufe im dualen System auf Basis der 2007 auf Individualdaten umgestellten Berufsbildungsstatistik. Mit diesen

neuen Daten können Friktionen im Ausbildungsverlauf anhand der Vertragsauflösungsquote für im Jahr 2008 begonnene Ausbildungen erstmals über 24 Monate beobachtet werden. Vertragsauflösungen markieren Brüche im Ausbildungsprozess, die nicht immer einen vollständigen Ausbildungsabbruch bedeuten müssen, sondern auch einen Berufs- oder Betriebswechsel anzeigen können, in jedem Fall aber Umwege und Zeitverluste mit sich bringen. Bei einer durchschnittlichen Vertragsauflösungsquote von 19,2% nach 24 Monaten, sind die Unterschiede zwischen Ausbildungsbereichen und Berufsgruppen auffallend groß: Im Öffentlichen Dienst liegt die Quote mit 4,9% extrem niedrig, während mit 23,3% der höchste Vertragslösungsanteil im Handwerk zu beobachten ist. Die anderen Ausbildungsbereiche liegen bei Quoten von 15,9 bis 19,4% (Autorengruppe 2012, S.113 f.). Ein Vergleich besonders großer Berufsgruppen zeigt extreme Differenzen mit auf der einen Seite sehr hohen Vertragsauflösungsquoten nach 24 Monaten in den Ernährungsberufen (32,7%) und Maler- und verwandten Berufen (27,9%) und auf der anderen Seite niedrigen Quoten in Finanzdienstleistungs- (8,6%) und Elektroberufen (11,9%).

Nach individuellen Merkmalen der Auszubildenden lassen sich Vertragsauflösungen häufiger für niedrige Schulabschlüsse, ausländische Auszubildende und Frauen beobachten. Je niedriger der mitgebrachte Schulabschluss, desto höher fällt die Vertragsauflösungsquote aus. Nach 24 Monaten wurden Verträge mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss zu fast 30% und damit fast dreimal häufiger als die von Hochschulzugangsberechtigten (11,4%) gelöst (Abb. E4-3).

**Abb. E4-3: Lösungsquoten der im Jahr 2008 neu begonnenen Ausbildungsverhältnisse innerhalb von 4, 12 und 24 Monaten\* nach Beginn der Berufsausbildung nach schulischer Vorbildung (in %)**



\* Linien zwischen 4, 12 und 24 Monaten wurden interpoliert

1) Einschließlich sonstige und nicht zuordenbare Abschlüsse

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik

Die Vertragslösungsquote der weiblichen Auszubildenden liegt mit 20% zwei Prozentpunkte höher als die der männlichen (Ebenda, Abb. E4-4A). Die Vertragslösungsquote ausländischer Auszubildender liegt mehrere Prozentpunkte, variierend nach Herkunftsländern zwischen 3 und

10 Prozentpunkten, über der Quote deutscher Auszubildender (Ebenda, Tab E4-2A). Während die Differenzen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit über fast alle Bildungsniveaus in ähnlicher Weise zu beobachten sind, zeigen sich deutliche berufsspezifische Zusammenhänge zwischen Schulbildung und Vertragsauflösung. Der Effekt der Schulbildung, höhere Lösungsquoten bei niedrigeren Abschlüssen, ist für alle Berufe festzustellen. Jedoch liegen bei Berufen mit hohen Vertragslösungsquoten die Lösungsquoten aller Schulbildungsniveaus nach 24 Monaten auf sehr hohem Niveau und die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind geringer ausgeprägt als bei Berufen mit niedrigen Vertragslösungsquoten. Bei den Ernährungs-, Maler-, und Lackiererberufen beispielsweise lösen 23,6% der Studienberechtigten und 32% derjenigen mit Hauptschulabschluss den Ausbildungsvertrag. Bei den Bank-, Versicherungs-, und Rechnungskaufleuten sowie Informatiker/innen liegen die Lösungsquoten von Auszubildenden mit niedrigem Schulabschluss mit 20,2 bzw. 27,4% drei- bis viermal höher als die der Studienberechtigten mit 7,7% (Ebenda, Tab. E4-3A). Die Autoren erkennen darin einen eigenständigen institutionellen Effekt, der sowohl für Berufe als auch für Ausbildungsbereiche angenommen werden kann (Ebenda, S. 115).

Die starke Ballung der Vertragsauflösungen in den Ernährungs- und anderen handwerklichen Berufen des Ausbaugewerbes, in denen sich zugleich Jugendliche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen konzentrieren, wirft die Frage auf, wie weit in den zumeist kleinbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen durch Einsatz von mehr pädagogischer Kompetenz (zur Verbesserung der Allgemeinbildung sowie von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern zur Unterstützung der betrieblichen Ausbildung Auflösungsquoten verringert werden könnten.

## **2. Übergang von der Berufsbildung in den Arbeitsmarkt oder weiterführende Ausbildung (Hochschule)**

Am Übergang von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt zeigt sich, welchen individuellen Nutzen die Ausbildung für ihre Absolventen hat und welche Passungsprobleme zwischen Ausbildung und Arbeitsmarktnachfrage auftreten. Darüber hinaus kann ein Ausbildungsabschluss auch den Weg in eine weiterführende Ausbildung eröffnen, sei es eine Fortbildung an Fachschulen (z.B. Meister- und Technikerschulen) oder ein Studium (Dritter Bildungsweg). Die Debatte um die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur Hochschule hat bereits Maßnahmen zur Öffnung der Hochschule für Ausbildungsabsolventen in Gang gesetzt. Die Durchlässigkeit bleibt aber trotz Erhöhung des Anteils der Studienanfänger, die keine schulische Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, sondern über Begabtenprüfungen oder die Anerkennung beruflicher Qualifikationen ein Studium aufnehmen, auf 2% auch im Jahr 2010 relativ gering (Autorengruppe 2012, S.127).

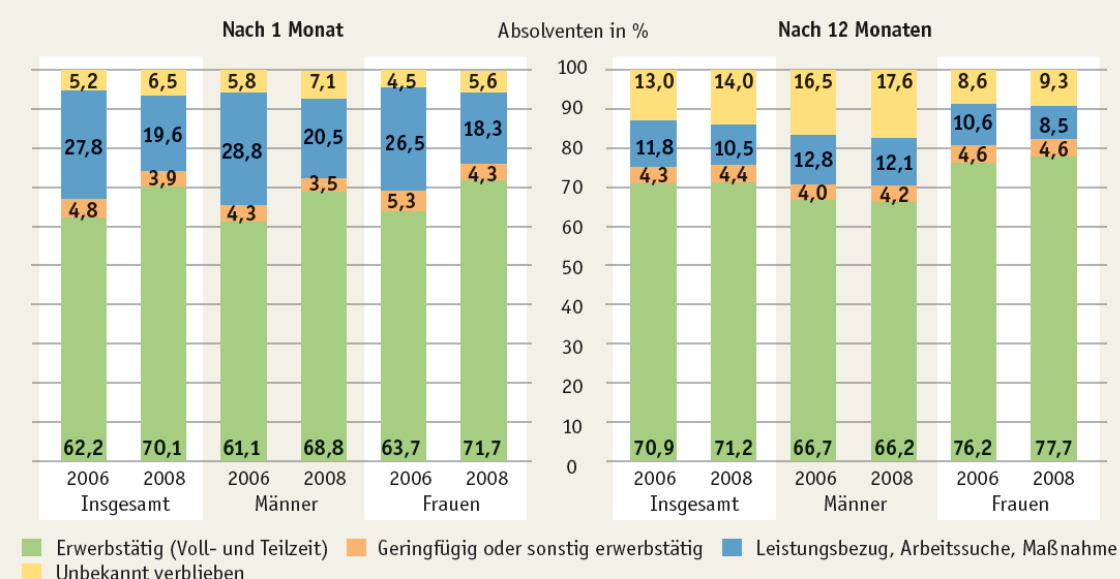
Einen Hinweis auf Ausmaß und Entwicklung der Übergangsprobleme von Ausbildungsabsolventen und Ausbildungslosen in das Beschäftigungssystem gibt die *Jugenderwerbslosenquote*.

Zwischen 1990 und 2004 hat sich die Erwerbslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen von 4,5 (Früheres Bundesgebiet) auf 12,6% fast verdreifacht und ist bis 2010 auf 9,7% zurückgegangen<sup>2</sup> (Ebenda, Tab. E5-13web). Im letzten Jahrzehnt liegt sie durchgängig über der allgemeinen Quote und fällt für junge Männer etwas höher aus als für junge Frauen (Ebenda, Abb. E5-5A). Betrachtet man die längerfristige Arbeitsmarktpartizipation, sind Ausbildungsabsolventen im Vergleich zu Personen ohne Ausbildungsabschluss geringeren Risiken der Erwerbslosigkeit ausgesetzt – bei den 25- bis unter 65-Jährigen sind Ausbildungslose 2010 mehr als doppelt so häufig erwerbslos – und sie sind auch weniger vom Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse betroffen (vgl. Ebenda, S. 201).

Problematisch erscheint daher die, wenn auch nur leichte Erhöhung des Anteils der Personen ohne beruflichen Abschluss bei den 30- bis unter 35-Jährigen 17,7% 2010. Zurückzuführen dies ist auf den Anstieg des Anteils unter den Männern von 16,6 auf 17,5% (Autorengruppe 2010, Tab. B3-2A, Autorengruppe 2012, Tab. B5-2A). Im Kohortenvergleich zeigt sich für die Geschlechter ein gegenläufiger Trend: Gegenüber den 60- bis unter 65-jährigen liegt der Anteil ohne beruflichen Abschluss bei den 30- bis unter 35-jährigen Frauen um 7%-Punkte niedriger, während der entsprechende Vergleich bei den Männern um 6%-Prozentpunkte höher ausfällt (Ebenda, S. 43).

Den unmittelbaren Übergang von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt untersucht der Bildungsbericht anhand dreier Einmündungsmerkmale – Erwerbsstatus, Ausbildungsadäquanz und Einkommen – innerhalb der ersten 36 Monate nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung. Da Betriebe im dualen System auch für den eigenen Bedarf ausbilden, übernehmen sie nach Abschluss der Ausbildung einen Teil der Absolventen in ein Arbeitsverhältnis, was Friktionen

**Abb. E5-1: Erwerbsstatus\* von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen 2006 und 2008 einen Monat und zwölf Monate nach Beendigung der Ausbildung und nach Geschlecht (in %)**



im Übergang deutlich verringert. Die Übernahmequote liegt 2010 in Westdeutschland mit 63% höher als in Ostdeutschland (52%; Ebenda, Abb. E5-4A). Der Erwerbsstatus der Ausbildungsabsolventen des Jahres 2008 einen Monat nach Beendigung der Ausbildung zeigt, dass 70% der Absolventen unmittelbar in Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit übergehen. Knapp 4% befinden sich in anderen Beschäftigungsverhältnissen und knapp ein Fünftel in Arbeitslosigkeit (Leistungsbezug, auf Arbeitssuche oder in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung) (Abb. E5-1). Ein Jahr nach Abschluss steigt der Anteil in Voll- und Teilzeitbeschäftigung nur geringfügig, während sich der Arbeitslosenanteil auf 10,5% halbiert. Ein starker Anstieg von 6,5 auf 14% ist bei den unbekannt Verbliebenen zu beobachten; hinter dieser Zahl können sich Übergänge in Selbständigkeit, schulische Ausbildungen oder Studium, aber auch ein Rückzug vom Arbeitsmarkt verbergen.

Ein Vergleich der Arbeitsmarkteinmündung von Absolventen der Jahre 2006 und 2008 ein Jahr nach Ausbildungsabschluss zeigt eine leichte Verringerung der Übergangsprobleme in Erwerbstätigkeit, die sich an einer Erhöhung der Anteile in Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit (von 70,9 auf 71,2%) und Verringerung der Anteile mit Leistungsbezug, auf Arbeitssuche oder in Maßnahmen (von 11,8 auf 10,5%) festmachen lässt (Abb. E5-1). Für Absolventen des Jahres 2006 liegen auch Ergebnisse für einen späteren Zeitpunkt (nach 36 Monaten) vor, die ein weiteres leichtes Absinken der Arbeitslosigkeit, allerdings auch einen leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit und einen weiteren Anstieg der unbekannt Verbliebenen zeigen (Autorengruppe 2012, Tab. E5-1A).

Nimmt man die Analysen zur fachlich ausbildungsadäquaten Beschäftigung und zum Einkommen der Vollzeiterwerbstätigen hinzu, ergeben alle drei Merkmale ähnliche Benachteiligungsstrukturen nach Region, Berufsgruppe und (mit Ausnahme des Einkommens) nach Geschlecht. Ein Jahr nach Ausbildungsabschluss gehen in Ostdeutschland 63% der Absolventen in eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung über, erheblich weniger als in Westdeutschland (73%), und befinden sich doppelt so häufig (Ost: 17,7%, West: 8,9%) in Arbeitslosigkeit (Ebenda, Tab. E5-11web). Zugleich sind sie seltener ausbildungsadäquat beschäftigt und erzielen ein geringeres Einkommen (Ebenda, Tab. E5-5A, Tab. E5-10web). Bezogen auf geschlechtsspezifische Differenzen, liegen die größeren Übergangsprobleme bei den Männern: Sie weisen nach einem Jahr deutlich höhere Arbeitslosenanteile auf und ihre Tätigkeit ist seltener ausbildungsadäquat (Abb. E5-1; Autorengruppe 2012, Abb. E5-6web). Im Gegensatz dazu liegt das Einkommen vollzeitbeschäftigter Männer deutlich über dem der Frauen (Ebenda, Tab. E5-6web). Nach Berufen ergibt sich eine mehrfache Benachteiligung vieler Berufe über alle drei Merkmale hinweg (Ebenda, Tab. E5-9web, Abb. E5-2, Abb. E5-3). Die Nachteile häufen sich auffällig in Handwerksberufen, weshalb dies „für den ganzen Ausbildungszweig eine schwere Hypothek“ (Ebenda, S.120) sein könnte. Die Arbeitsmarktergebnisse entfalten eine Rückwirkung auf die Attraktivität der Berufe für potenzielle Ausbildungsbewerber und bei weiter sinkender Gesamtnachfrage nach Ausbildung könnten Rekrutierungsprobleme gerade bei in ihren Arbeitsmarktmerkmalen wenig attraktiven Berufsgruppen auftreten.

### 3. Jugendpolitische Perspektiven

Die Analyse des Bildungsberichts 2012 zeigt, dass trotz vor allem demografisch bedingten Rückgangs der Ausbildungsnachfrage eine Reihe von Strukturproblemen des Ausbildungssystems, derer sich die Akteure der Jugendpolitik annehmen sollten, weiter bestehen bleiben. Zu ihnen zählt ein zu geringes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten in der dualen wie auch in der Schulberufsausbildung. Zählt man zu den jährlichen Neuzugängen die Altnachfrage sowie den beträchtlichen Anteil (18%) der 30- bis 35-Jährigen ohne Ausbildungsabschluss hinzu, so besteht weiterhin ein Mangel an Ausbildungsplätzen, der sich im Zuge der demografisch erwartbaren Arbeitskräfteverknappung schnell in einen Fachkräfteengpass verwandeln kann. Fachkräfteengpässe könnten sich verstärken, wenn es nicht gelingt, die heute recht rigiden Segmentationen der Ausbildungsberufe nach schulischer Vorbildung aufzubrechen und das Berufespektrum für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss zu erweitern. Ungelöst bleibt auch das Problem der langfristig in der Berufsbildung benachteiligten ausländischen Jugendlichen und solchen mit Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund des beruflichen Strukturwandels der Beschäftigung zu personenbezogenen, sozialen und anderen Dienstleistungsberufen zeichnet am Horizont sich als neues Problem die geschlechtertypischen Berufsorientierungen ab, die bei der Ausbildungsplatzwahl wirksam sind; sie könnten, sofern sie fortbestehen, die Berufsausbildungschancen männlicher Jugendlicher in absehbarer Zeit einschränken.

Bezieht man sich in engerem Sinne auf die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in eine vollqualifizierende Berufsausbildung (erste Schwelle) so sollten jugendpolitische Aktivitäten ihren Schwerpunkt dort setzen, wo gegenwärtig die Hauptprobleme liegen: bei den bildungsbenachteiligten Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Drei Sachverhalte, die in der vorstehenden Analyse des Bildungsberichts 2012 hervorstechen, können dabei den Ausgangspunkt bilden:

- Obwohl die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssystem vor allem aus demografischen Gründen gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen ist, bleibt sie mit annähernd 300 Tausend Jugendlichen beträchtlich hoch. Hinzu kommen die Jugendlichen, die im Übergangssystem nicht erfasst sind und sich weder in Ausbildung noch Erwerbstätigkeit befinden (frühzeitige Schulabgänger/innen). Bei der Gesamtgruppe der nicht in einer vollqualifizierenden Ausbildung befindlichen Jugendlichen handelt es sich überwiegend um bildungsbenachteiligte Jugendliche, und es ist zu erwarten, dass bei weiterem zahlenmäßigen Rückgang sich die Population des Übergangssystems immer weiter auf Jugendliche mit besonderem Förderbedarf konzentrieren wird. Das Übergangssystem löst sich auch im demografischen Abschwung nicht von allein auf. Das Übergangsmanagement wird eher schwieriger und erfordert erhöhte organisatorische und pädagogische Anstrengungen.
- Die Gruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen weist überproportional viele Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss, sowie männliche und ausländische Jugendliche

(auch solche mit Migrationshintergrund) auf. Der Verweis auf diese personengebundenen sozialen Merkmale soll die Ursachen der Übergangsschwierigkeiten nicht individualisieren, sondern den Sachverhalt Rechnung tragen; dass das institutionelle Gerüst des Übergangs bestimmte Gruppen von Jugendlichen zu wenig erfasst.

- Aus früheren Bildungsberichten (2008), Surveys und qualitativen Studien ist die begrenzte Effektivität der Maßnahmen des Übergangssystems hinreichend belegt, die zur Verlängerung der durchschnittlichen Zeit bis zum Beginn einer vollqualifizierenden Ausbildung (19,5 Jahre) mit geführt hat. Die mangelnde Effektivität äußert sich in begrenzten Vermittlungen in vollqualifizierende Ausbildung und relativ schmale Erfolge beim Nachholen von (Haupt)Schulabschlüssen.

Vor dem Hintergrund dieser Problemkonstellation sollten jugendpolitische Initiativen die ganze Prozesskette des Übergangs von der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schule bis zum Abschluss einer vollqualifizierenden Berufsausbildung und den Übergang in Beschäftigung in den Blick nehmen und immer die Verbindung der beiden Aktivitätsebenen, Systemoptimierung und individuelle Unterstützung von Jugendlichen, berücksichtigen:

- Im Bereich der Sek. I geht es zum einen um die Verbesserung der Angebote zur Berufsorientierung und –vorbereitung (systemisch) und verstärkte individuelle Beratung und Betreuung von – vor allem – Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten. Zum anderen erscheint der Ausbau gebundener Ganztagsschulangebote, die vor allem Jugendlichen aus bildungsfernen Sozialmilieus mehr Lernanregungen und -motivationen vermitteln können als die traditionelle Schule, unabdingbar. In ihnen könnten Angebote der Jugendarbeit und –hilfe mit unterschiedlichen praktischen lebensweltlichen (Freizeit)Aktivitäten eine produktive Rolle spielen. So lässt sich wahrscheinlich am ehesten Lernschwierigkeiten und Lernaversionen vor allem männlicher Jugendlicher begegnen.
- Die Optimierung des Übergangssektors erscheint nur möglich, wenn man von der bisher dominierenden Förderungslogik der Einzelmaßnahmen zu einer koordinierten und integrierten Fördersystematik übergeht, in die alle Akteure des Übergangssektors – auch die Träger der Jugendhilfe – eingebunden sind. Integrierte Fördersystematik beinhaltet vor allem zwei zentrale strategische Optionen:
  - Netzwerkartige Kooperation der unterschiedlichen an Berufsvorbereitung und Übergang beteiligten Institutionen (Berufsschulen, Betriebe, freie Träger [u.a. der Jugendhilfe], Kommunen), unter einer gemeinsamen Zielsetzung zur abgestimmten Durchführung der Übergangsprozesse. Netzwerkkoooperation bedeutet gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Akteure auf gleicher Augenhöhe (vgl. Baethge/Baethge-Kinsky 2012; S. 87).



- Bündelung der finanziellen Ressourcen unterschiedlicher Träger (z.B. Mittel der Länder, der Kommunen, der BA, unterschiedlicher Bundesressorts, des Europäischen Sozialfonds, der Betriebe) unter gemeinsamen Zielsetzungen und Verausgabungsrichtlinien.

Durch beide Optionen könnte die Effizienz der Ressourcen u. E. beträchtlich erhöht werden.

Integrierte Fördersystematik in diesem Sinne ist kein einfaches Projekt, weil es vor allem institutionellen Akteuren unter Umständen Abstriche an Selbstständigkeit, Einfluss- und Interessenpositionen und eingefahrenen Organisationsroutinen abverlangt, um zu einer effektiveren Gestaltung der Übergänge zu gelangen. Integrierte Fördersystematik bedeutet auch, eingeschliffene Kompetenzabgrenzungen wie beispielsweise die, dass Betriebe nur für praktische Ausbildung, Berufsschulen für theoretischen Unterricht, Jugendhilfeorganisationen für sozialpädagogische Betreuung zuständig seien, aufzubrechen und darauf hinarbeiten, dass die unterschiedlichen Fachkompetenzen optimal zusammenwirken können – an welchem Ort auch immer.

- Jugendpolitik sollte darauf hinwirken, dass die für eine integrierte Fördersystematik erforderlichen fachlichen, personellen und materiellen Ressourcen bereitgestellt werden. Hierzu zählen der Ausbau sozialpädagogischer und psychologisch-diagnostischer Kompetenzen in Hochschulen und Weiterbildung; personelle Kontinuität in den Bildungs- und Betreuungsverhältnissen der Übergangsmaßnahmen, die für die in diesem Bereich besonders wichtigen Vertrauensbeziehungen zwischen Schülerinnen/Schülern und Lehrkräften unabdingbar ist; schließlich Beständigkeit und nicht Projektförmigkeit der materiellen Unterstützung, weil sonst weder personelle Kontinuität noch systematischer Kompetenzaufbau gesichert wäre.

An der zweiten Schwelle, am Übergang in weiterführende Bildung oder Arbeitsmarkt, zeigt sich: Die traditionell geringe Durchlässigkeit von der Berufs- zur Hochschulausbildung hat sich nur wenig geöffnet. Obwohl Deutschland besser als die meisten vergleichbaren Länder durch die Krise gekommen ist, bleiben für die Ausbildungsabsolventen Arbeitsmarktrisiken bestehen. Die Jugenderwerbslosigkeit, vor allem der männlichen Jugendlichen, ist höher als die allgemeine Erwerbslosenquote; sie wird ebenso nach Berufen segmentiert wie die ausbildungsadäquate Beschäftigung. Wenn auch in der Größenordnung verringert, bleiben prekäre Übergänge ein Problem.

## Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, (im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, (im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, (im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Baethge, M; Baethge-Kinsky, V. (2012): Zu Situation und Perspektiven der Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in NRW. Eine explorative Studie an ausgewählten Berufskollegs. Göttingen/Düsseldorf 27. Juni 2012.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, (im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung), Bielefeld.
- Maaz, K.; Baumert, J.; Trautwein, U. (2011): Genese sozialer Ungleichheit im Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit? In: Krüger, H.-H. u.a. (Hg.) (2011): Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule, 2. durchgesehene Auflage, Wiesbaden, S. 69-102.
- Schümer, G. (2004): Zur doppelten Benachteiligung von Schülern aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten im deutschen Schulwesen. In: Schümer, G.; Tillmann, K.-J.; Weiß, M. (Hg.): Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler. Vertiefende Analysen der PISA-2000-Daten zum Kontext von Schülerleistungen, Wiesbaden, S. 73-114.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2012): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2012 – Tabellenband, Wiesbaden.